

Antrag der Fraktion der SPD

### **10-Minuten-Stadt: Den Weg zur Arbeit durch Expressbuslinien verkürzen**

Der Weg zur Arbeit bzw. von der Arbeit nach Hause ist wesentlicher Bestandteil des Arbeitsalltags von Beschäftigten. Eine gute verkehrliche Anbindung des Beschäftigungsortes und kurze Wege zwischen Zuhause und Beschäftigungsort haben dabei großen Einfluss auf die Wahl eines Arbeitgebers, soweit diese gegeben ist. Kurze Arbeitswege können Beschäftigte effektiv zeitlich entlasten und ihnen mehr Erholungs- und Familienzeit ermöglichen. Dies fördert auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In Bremen gibt es zahlreiche Pendlerströme zu großen Arbeitgebern wie Daimler oder ArcelorMittal Bremen und in große Gewerbegebiete wie das GVZ oder die Hansalinie, in denen zahlreiche Unternehmen ansässig sind. Angesichts klimapolitischer Zielsetzungen und vieler Beschäftigter, die auf andere Verkehrsträger als das Auto angewiesen sind, muss es Ziel sein, über den motorisierten Individualverkehr (MIV) hinaus eine attraktive und schnelle verkehrliche Anbindung des Beschäftigungsortes u.a. durch den ÖPNV sicherzustellen. Unser Ziel ist, in einer 10-Minuten-Stadt die Wege für die Bürger:innen deutlich zu verkürzen. Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsort werden dabei nicht immer in zehn Minuten zu schaffen sein. Aber sie lassen sich deutlich reduzieren.

Dazu bieten sich insbesondere Expressbuslinien an. Sie legen weite Strecken ohne Haltestelle zurück, bedienen nur wichtige Umsteigepunkte und erschließen teils die Stadtrandbereiche mit üblichem Haltestellenabstand. Dadurch können an den Stadtgrenzen von Bremen und Bremerhaven ergänzende Angebote für Pendler:innen geschaffen werden.

Insgesamt können Expressbuslinien kürzere Wege zur Arbeit ermöglichen, indem Umstiege reduziert werden, lange oder ungünstige Umsteigezeiten entfallen und sich Fahrzeiten auch durch weniger Halte reduzieren.

Mit beispielsweise der Linie 63S, die als Expresslinie ab dem Bremer Hauptbahnhof bis zum GVZ verkehrt, existiert bereits eine erfolgreiche Schnellverbindung in ein großes Bremer Gewerbegebiet. Um Beschäftigten auch schnelle Anbindungen in weitere Gewerbegebiete zu sichern, sollen in Bremen und Bremerhaven weitere Expressbuslinien eingerichtet werden. Diese sollten zwischen zentralen Haltestellen wie dem Bremer Hauptbahnhof und großen Arbeitgebern bzw. Gewerbegebieten verkehren und so getaktet sein, dass Hauptverkehrszeiten morgens und abends, Schichtwechsel, aber auch Schwachverkehrszeiten ausreichend abgedeckt werden. Dazu soll der Senat zeitnah Gespräche mit der BSAG bzw. in Abstimmung mit dem Magistrat mit Bremerhaven Bus, großen Unternehmen und Gewerkschaften führen. Entsprechende Erfahrungen mit vergleichbaren Linien können einbezogen werden.

In die Planung einzubeziehen ist auch die Prüfung der vorhandenen und möglicherweise anzupassenden verkehrlichen Infrastruktur wie Haltestellen für die Expressbuslinien.

Eine schnelle und attraktive Anbindung mit dem ÖPNV kommt nicht nur den Beschäftigten und den Unternehmen, sondern auch der Umwelt zugute, da einige Beschäftigte so für den Weg zur Arbeit potenziell vom eigenen Auto auf den ÖPNV umsteigen und Verkehre in der Stadt reduziert werden können. Dadurch verringert sich auch die grundsätzliche Notwendigkeit, aufgrund der Arbeit über einen eigenen Pkw zu verfügen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zeitnah Gespräche mit Verkehrsbetrieben wie der BSAG bzw. in Abstimmung mit dem Magistrat mit Bremerhaven Bus, großen Unternehmen und Gewerkschaften zu führen, um das Angebot von Expressbuslinien in Bremen und Bremerhaven zu planen, abzustimmen und umfassend zu erweitern. Falls notwendig, ist dabei auch die Planung und der Bau von erforderlichen Infrastrukturanpassungen zu berücksichtigen;
2. der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit und der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung ein Jahr nach Beschlussfassung zu berichten.

Anja Schiemann, Arno Gottschalk, Jasmina Heritani, Janina Strelow,  
Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD